

Er ist dem Staat ein Dorn im Auge

Vietnam: Der Fall Cu Huy Ha Vu

Der Menschenrechtsverteidiger und Umweltaktivist Cu Huy Ha Vu wurde am 4. April 2011 zu sieben Jahren Gefängnis und anschließenden drei Jahren Hausarrest verurteilt. Er ist das letzte und wahrscheinlich populärste Opfer einer großangelegten vietnamesischen Regierungsoffensive gegen Regimekritiker.

Norbert Krüger

Seine Bekanntheit liegt nicht nur in seiner Familie begründet: Sein Vater ist der in Vietnam berühmte Schriftsteller Cu Huy Can. Als Freund und Weggenosse Ho Chi Minhs gehörte Can zum Kader der vietnamesischen Kommunistischen Partei und war 1945 einer der 15 Unterzeichner der Unabhängigkeitserklärung Vietnams. Auch sein Onkel, Xuan Dieu, zählt zu den renommiertesten Dichtern des Landes. Vu selbst entschied sich für die juristische Laufbahn. Für sein Studium ging er nach Paris und erarbeitete sich an der Sorbonne einen Doktor in Rechtswissenschaften.

Zurück in Vietnam machte er von sich reden, als er 2005 eine Klage gegen das Volkskomitee von Thua Thien-Hue einreichte, nachdem dieses eine Baugenehmigung für ein Hotelresort in den Vong Canh-Bergen erteilt hatte. Hue selbst gehört seit 1993 zum UNESCO-Weltkulturerbe. In den Vong Canh-Bergen vor den Toren der Stadt befinden sich einige bedeutende Kaisergräber, unter anderem das palastartige Grabmal des Nguyen-Königs Minh Mang. Niederländische Unternehmer wollten nun in den Bergen ein Life Resort mit zwei fünfstöckigen Gebäudeblöcken errichten. Da die Infrastruktur in Hue nicht sonderlich entwickelt ist, war das Volkskomitee sehr an dem Joint Venture zwischen der vietnamesischen Huong Giang Tourist Company und der niederländischen Firma Vietnam Hotel Projekt interessiert. Allerdings regte sich schnell Protest in der Bevölkerung gegen das Bauvorhaben.

Aber es gab auch juristische Bedenken. Eine Entscheidung der Provinz aus dem Jahr 1976 besagt, das Gebirge sei ein wichtiger Aktivposten der Bevölkerung und müsse daher geschützt werden. Auch sei bei der Genehmigung zum Bau nicht die Stellungnahme des Ministeriums für Kultur und Information eingeholt worden, wie es Paragraph 28 des Gesetzes zum Schutz des Kulturellen Erbes vorsieht.

Auch wenn die Klage vom Gericht ignoriert wurde, war Cu Huy Ha Vus juristisches Vorgehen gegen die kommunale Stadtverwaltung doch das erste dieser Art in der Geschichte Vietnams.



Der Prozess gegen den Premierminister machte ihn bekannt

National bekannt wurde Cu Huy Ha Vu spätestens durch die beiden Gerichtsverfahren, die er gegen den Premierminister Nguyen Tan Dung anstrebte. Der Premier hatte im November 2007 den Entscheid 167 unterzeichnet, der den Abbau von Bauxit im vietnamesischen zentralen Hochland genehmigte. Vu reichte zunächst Klage beim Volksgerichtshof in Hanoi ein und begründete dies damit, dass der Entscheid gegen vier landeseigene Gesetze zum Schutz der Umwelt und der indigenen Bevölkerung verstöße, indem er das Genehmigungsverfahren für das Abbauprojekt verkürze.

Die Probleme für die Umwelt sind beim Bauxit-Abbau offensichtlich. Bauxit wird über Tage gewonnen. Das hat zur Folge, dass die Waldflächen, die sich über dem Vorkommen befinden, gerodet werden und die den Boden bedeckende Torfschicht abgetragen werden müssen. Der beim Ausfiltern des

Der Autor ist freier Autor und arbeitet bei Amnesty. Seine AI-Gruppe ist für die Vietnam-Koordination der deutschen Sektion von Amnesty zuständig.

Aluminiums aus dem Bauxit entstehende Rot-schlamm trocknet an der Sonne zu einer Masse, die alle Vegetation unter sich begräbt, sodass das Land, auf dem es gelagert wird, auf nicht absehbare Zeit verodet. Als Staub kann das toxische Gemisch darüber hinaus durch den Wind kilometerweit übers Land verteilt werden.

Nicht nur würden Agrarprojekte, die in den letzten Jahren mühsam in der Region Tay Nguyen aufgebaut wurden, durch den Übertage-Abbau des Bauxit regional wieder verdrängt werden. Selbst dort, wo Kaffee und Tee weiterhin angebaut werden konnten, stand zu befürchten, dass durch den zu erwartenden Bauxit-Staub die Ernte toxisch verunreinigt und nur schwer zu verkaufen sein würde.

Für die indigene Bevölkerung, die in dieser Region ansässig ist, wiederum bedeutet der Abbau eine Umsiedlung. Sie müssen in einer neuen Region, die nicht ihre eigene Heimat ist, wieder bei null anfangen. Ihre Anbauflächen sind vernichtet.

Als Vus Klage gegen das Bauxit-Projekt nach vier Tagen vom Volksgerichtshof abgewiesen wurde, reichte Vu diese als Folgeklage beim Obersten Volksgericht ein. Dort wurde sie allerdings ignoriert.

Vu wagt es, gegen den Staat aufzustehen

Dass jemand es wagte, überhaupt gegen den Staat aufzustehen, brachte Cu Huy Ha Vu einen gewissen Ruf ein. Endgültig populär bei der vietnamesischen Bevölkerung wurde er, als er sich für die Katholiken in Con Dau einsetzte.

Auch hier ging es, wie in den Vongh Canh-Bergen, um Vietnams Versuche, das Land für den Tourismus zu erschließen. In Nähe der Stadt Da Nang plante die Regierung seit 2007 eine ökologisch ausgerichtete Touristenanlage. Allerdings befanden sich auf dem Gelände, in dem das Resort entstehen sollte, eine Reihe von kleineren Dörfern, deren Bewohner zu diesem Zweck umgesiedelt werden mussten. In den meisten Dörfern gab es nur geringen Widerstand gegen den Umzug, was unter anderem daran lag, dass deren Bewohner zum großen Teil Staatsbedienstete waren. Ein öffentliches Aufbegehren gegen das staatliche Vorhaben hätte die Gefahr mit sich gebracht, den eigenen Arbeitsplatz zu verlieren.

Anders in Con Dau. Dieses Dorf war Ende des 19. Jahrhunderts zu einem Zufluchtsort der vietnamesischen Katholiken geworden, nachdem die Franzosen 1858 Da Nang eroberten. Vor den Toren der Stadt war damals noch ein Sumpfgebiet, das die kleine katholische Gemeinde mühevoll trockenlegte und kultivierte. Dort hatten sie ihre Enklave errichtet, mit einem eigenen Friedhof, dessen Kapelle zu ihrer zentralen Gebetsstätte wurde. Später wuchs das Dorf auf 2.000 Bewohner an.

Als die Regierung die Gegend als idealen Platz für ein weiteres Touristenresort entdeckte, versprach sie zwar, sowohl den Bewohnern eine neue Bleibe als auch dem Friedhof eine andere Stätte zur Verfügung zu stellen, doch befand sich der neue Standort für den Friedhof in einer gebirgigen Region, die für die Besiedlung nicht geeignet war, während die Bewohner fernab ein neues Gelände zugewiesen bekamen. Schlimmer noch, die Gebühren, die für die Umbettung der toten Angehörigen zu entrichten waren, lagen in einer Höhe, die für den normalen Dorfbewohner, dessen verblichene Sippe auf dem Friedhof ruhte, nicht zu bezahlen war. Auch die Entschädigungen, die für die Enteignung gezahlt werden sollten, reichten nicht annähernd aus, um eine adäquate neue Existenz aufzubauen.

Im Januar 2010 wurde die Bewegungsfreiheit der Dorfbewohner massiv eingeschränkt. Polizisten und Regierungsbeamte riegelten das Dorf ab und drängten die Bewohner darauf, die Umsiedlungsvereinbarung endlich zu unterschreiben. Häuser, deren Besitzer auch nach mehrmaligen Versuchen nicht angegriffen wurden, wurden versiegelt und die Besitzer mit einer Geldstrafe von einer Million vietnamesischen Dong (circa. 40 Euro) belegt. Von einem Bewohner ist belegt, dass er aufgrund seiner Abwesenheit wegen »Behinderung der Regierungsarbeit« angezeigt wurde.

Nach dieser Razzia, die allerdings nur zu insgesamt circa. zehn unterzeichneten Vereinbarungen führte, griff die Gemeinde Con Dau zur Gegenwehr und reichte eine Sammelklage gegen die Zentralregierung in Hanoi ein, in der sie sich über den exzessiven Druck beschwerte. Diese Klage wurde von 400 Dorfbewohnern unterzeichnet. Als Reaktion darauf erließ der Parteisekretär der Stadt Da Nang, Nguyen Ba Thanh, gegen sie und insbesondere den Gemeinderat das Verbot Sammelbeschwerden an Regierungsstellen zu schicken. Wenig später verabschiedete auch Premierminister Nguyen Tan Dung eine Verordnung, die solche Klagen von Gruppen gegen die Regierung in Zukunft verbietet: den Erlass 136.

Wieder war es Cu Huy Ha Vu, der sich mit dieser Reaktion nicht zufriedengeben wollte. In einer spektakulären zweiten Klage gegen den Premier versuchte er, die Rechtmäßigkeit des Erlasses zu hinterfragen und damit ein wenig Bewegung in die verfahrenere Situation im zukünftigen Touristenresort zu bringen. Als Begründung für die Klage gab er an, die vietnamesische Verfassung garantiere das Recht, sich zusammenzutun, Gruppen zu bilden und Protest auszuüben, solange dies in Übereinstimmung mit dem Gesetz geschehe. Aber auch diese Einlassung wurde nicht weiter verfolgt.

Die Situation in Con Dau war bereits im Mai 2010 eskaliert. Die Regierung hatte am Friedhof eine Hinweistafel angebracht, zukünftig dürften dort keine Beerdigungen mehr durchgeführt werden. Nun war

aber gerade die Katholikin »Maria« Dang Thi Tan gestorben, deren sehnlichster Wunsch zu Lebzeiten es gewesen war, einst neben ihren Angehörigen begraben zu liegen. So machte sich die Dorfgemeinschaft am Tage ihrer Beisetzung in einer feierlichen Prozession auf den Weg zum Friedhof.

Die Beamten, die die Einhaltung des Begräbnisverbots überwachen sollten, reagierten harsch. Erst versuchten sie den Sarg zu beschlagnahmen. Als sie auf Gegenwehr stießen, setzten sie elektrische Schlagstöcke und Tränengas ein. Über hundert Personen wurden verletzt, 60 kamen in Haft. Die Behörden suchten nach den Rädelsführern des Widerstands, aber auch nach denjenigen, die die Übergriffe fotografiert oder gefilmt hatten, um über die polizeiliche Aktion zu informieren. Im Umfeld dieser Untersuchungen kam ein Dorfbewohner ums Leben. Es heißt, er sei bei verschiedenen Verhören derart geschlagen worden, dass er später den inneren Verletzungen erlag. Allerdings wurde später von mehreren Seiten die Information lanciert, er habe schon früher an einer Herzschwäche gelitten und sei letztlich an einem Infarkt gestorben. Zeugen berichten auch von einer jungen werdenden Mutter, die während der Verhöre so geschlagen worden sei, so dass sie eine Fehlgeburt erlitt. Viele Zeugen redeten im Zusammenhang mit den Verhören von Folter.

Im Oktober 2010 fand gegen sechs

werden zu lassen, wurde sein Antrag jedoch abgelehnt. Vu hatte schon bei mehreren anderen Gelegenheiten seine Unterstützung für den Fall der Angeklagten demonstriert, indem er diese rechtlich beriet.

Der Prozess wurde von der Öffentlichkeit mit Spannung erwartet. Nicht nur die Katholiken Vietnams, sondern auch Gläubige im Ausland versammelten sich am Samstag vor Prozessbeginn, um in Gebetsnächten, sogenannten Vigilien, für die vier Männer und zwei Frauen von Con Dau zu beten. Im Redemptoristenkloster Thai Ha in Hanoi trafen sich Tausende Katholiken, es wurden mehrere Messen für die Angeklagten gelesen. Auch in Saigon und Sidney, Australien, fanden Kerzenschein-Vigilien für die sechs statt. Viele befürchteten, dass die vietnamesische Regierung hier einen Musterprozess durchführen wollte, der die tatsächlichen Übergriffe, sowohl gegen die Menschenrechte als auch gegen die religiösen Rechte der Bevölkerung, verschleiern würde.

Der Oberste Richter Tan Thi Thu Dung setzte die Strafe für einen der Angeklagten auf zwölf Monate Freiheitsentzug fest, für einen Mitangeklagten auf neun Monate, während die anderen vier mit sechs Monaten davorkamen, deren Vollzug zunächst ausgesetzt wurde. In der Begründung des Urteils hieß es, die Gruppe hätte den Aufruhr angezettelt, die Regierung fälschlicherweise beschuldigt und andere dazu angestachelt, Staatsbeamte im Dienst anzugreifen. Die Angeklagten selbst hielten sich für unschuldig. Sie hätten lediglich versucht, sich gegen die Übergriffe der Polizei zu wehren.

Cu Huy Ha Vu, dessen Ersuchen, die sechs verteidigen zu dürfen, vom Gericht abgelehnt wurde, gab nach dem Urteil der BBC ein Interview. Darin erzählte er, eine anonyme Quelle des Cam Le Volksgerichts habe den Mitarbeitern seiner Kanzlei zur Begründung der Ablehnung mitgeteilt, dass die Urteile bereits im Vorfeld getroffen und von den örtlichen Regierungsvertretern und der Partei abgesehen worden seien. Deswegen wäre die Anwesenheit eines Verteidigers beim Prozess auch überflüssig.

Vu wird schließlich selbst inhaftiert

Am 5. November 2010 nun wurde Vu selbst inhaftiert. Zunächst hieß es noch, er habe eine sexuelle



aus: Nop. Political Cartoon by Add Dailynews. Bangkok, 1990

mutmaßliche Rädelsführer aus Con Dau der Prozess statt. Cu Huy Ha Vu hatte versucht, mit seiner Anwaltskanzlei die juristische Vertretung der sechs zu übernehmen, die nach den Ereignissen vom Mai 2010 wegen »Störung der öffentlichen Ordnung, ordnungswidrigem Verhalten und Angriffe auf Sicherheitsbeamte« in Haft gehalten worden waren. Da der Regierung wenig daran gelegen sein konnte, aus dem Verfahren einen Schauprozess gegen den Staat

Beziehung zu einer Frau unterhalten, die nicht seine Ehefrau sei. Zu diesem Zweck wurde in den Online-Ausgaben der staatlichen Presse ein verschwommenes Foto lanciert, in dem Vu mit freiem Oberkörper neben einer fremden Frau in einem Hotelzimmer zu sehen ist. Die Polizei behauptete darüber hinaus, zwei benutzte Präservative im Hotelzimmer sichergestellt zu haben.

Doch als kurz darauf seine Wohnung durchsucht wurde, verwiesen die Beamten als Begründung auf Artikel 88 des Strafgesetzes, in dem es um »Propaganda gegen den Staat« geht. Dieser Artikel wurde in den letzten Jahren häufig benutzt, um pro-demokratische und Menschenrechtsaktivisten zu verurteilen. Später bestätigten offizielle Stellen, Vu würde zu »reaktionären ausländischen Elementen« Beziehungen unterhalten. Sie bezogen sich dabei auf mehrere Interviews, die er in den vorangegangenen Monaten mit Radiosendern wie *Radio Free Asia* geführt hatte. Auch seien im Umfeld dieser Interviews von ihm mehrere Artikel erschienen, die sich offen gegen die Regierung in Hanoi wende. Die Beamten, die Vus Haus durchsuchten, beschlagnahmten den Laptop, einen Aktenkoffer sowie zahlreiche Veröffentlichungen des Anwalts.

Die Proteste innerhalb der Bevölkerung begannen bereits kurz nach der Verhaftung. Blumenbuketts wurden zu Vus Anwaltsbüro geliefert. Als die Polizei diese entfernte, wurden sie durch neue Sträuße ersetzt. Auch das Internet wurde in großem Maßstab dafür genutzt, der Unzufriedenheit Ausdruck zu verleihen. Mehrere Blogger nahmen sich des Themas an und machten sich über die Verhaftung lustig, indem sie ihre Heiratsurkunden ins Netz stellten. Auch die sichergestellten Präservative gaben viel Anlass zum Spott in Chats und den sozialen Plattformen.

Zum Prozessauftakt am 4. April 2011 kamen unzählige Unterstützer nach Hanoi, um das Verfahren zu beobachten. Mindestens 29 Katholiken, darunter

die beiden weit bekannten Dissidenten Pham Hong Son und Le Quoc Quan, wurden bereits vor dem Betreten des Gerichtsgebäudes in Gewahrsam genommen. Mehrere Augenzeugen berichteten, die Katholiken seien vor ihrer Festnahme bereits eingehend überprüft und der Gebrauch ihrer Handys überwacht worden. Bei ihrer Festnahme seien einige von ihnen groben Misshandlungen ausgesetzt gewesen. Selbst Umstehende, die ihnen zu Hilfe eilten, wurden mit Stockschlägen mißtratiert.

Während des Prozesses

kam heraus, dass der Richter sich geweigert hatte, eine Reihe von Artikeln und Interviews überhaupt zu lesen, die Vu der ausländischen Presse gegenüber gegeben hatte, und die als belastendes Material für den Prozess herhielten. Dieses Material wurde auch während des Prozesses weder verlesen noch verteilt. Einer der Strafverteidiger Vus wurde vom Richter abgelehnt und aus der Verhandlung verwiesen, nachdem dieser beanstandet hatte, nicht im vollen Umfang über die Anklagepunkte informiert worden zu sein. Daraufhin verließen auch die anderen drei Rechtsanwälte aus Protest den Gerichtssaal, so dass Vu sich selbst verteidigen musste. Das Urteil gegen ihn wurde bereits nach wenigen Stunden verkündet. Für seine staatskritischen Aktivitäten erhielt er sieben Jahre Haft mit anschließenden drei Jahren Hausarrest.

Die vier Verteidiger beanstandeten in einem Brief an die wichtigsten Rechtsinstanzen des Landes, darunter den Justizminister und das Oberste Volksgericht, das Verfahren sei eben schon deswegen nicht rechtskräftig, weil Teile der Anklageschrift nicht veröffentlicht worden seien. Im Vorfeld sei nur bekannt gegeben worden, Vu »untergrabe die Autorität der Volksregierung, führe einen psychologischen Krieg gegen sie und versuche, sie zu stürzen, indem er ein Mehrparteiensystem fordere.« Das vietnamesische Gesetz sieht aber vor, dass auch Einzelheiten der Anklage vor dem Verfahren zugänglich seien, heißt es im Brief weiter: »Die Staatsanwaltschaft, der Angeklagte, die Verteidiger und andere Beteiligte eines Verfahrens haben das Recht, sich zu diesen Dokumenten zu äußern und sich nach weiteren bezüglchen Tatbeständen zu erkundigen.«

Amnesty International erklärte nach dem Urteil den Prozess zur reinen Scheinverhandlung. Sowohl die Unschuldsvermutung als auch das Recht auf Verteidigung wurden komplett ignoriert, heißt es in einer Stellungnahme der stellvertretenden Leiterin von Amnesty für die Region Asien/Pazifik, Donna Guest. Die Organisation sieht in Cu Huy Ha Vu einen gewaltlosen politischen Gefangenen und drängt auf dessen sofortige Freilassung. Insgesamt sei es ein Problem, dass die vietnamesische Regierung zunehmend jede friedfertige Meinungsabweichung gesetzlich unterbinde. Es sei an der Zeit, die Verfolgung und Inhaftierung gewaltfreier Aktivisten zu beenden. Die juristische Unabhängigkeit muss hergestellt und vage formulierte Gesetzestexte, die zur Verfolgung friedfertiger Kritiker dienen, sollten aufgehoben oder eindeutiger gefasst werden.

